



Positionspapier des Arbeitskreises Kommunaler Qualitätszirkels zur Integrationspolitik

Mehr Mittel für die Integrationsarbeit nach der Corona-Pandemie

Die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie gefährden die hart erarbeiteten Integrationserfolge und den gesellschaftlichen Zusammenhalt akut und längerfristig. Um die Folgen der Pandemie zu bewältigen und diesen Gefahren entgegen zu wirken, sind dringend stärkere Investitionen in den Handlungsfeldern Migration und Integration notwendig. Ebenso notwendig ist eine bessere Einbindung der kommunalen Integrationsbeauftragten bei der Planung und Durchführung der Förderprogramme von Bund, Land und weiteren Stellen.

Zu diesem Ergebnis kommen die Expertinnen und Experten des Arbeitskreises Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik.

Insbesondere der stark eingeschränkte Zugang zu Schulbildung sowie zu Sprach- und Integrationskursen über digitale Formate während der Lockdowns gefährdet die bisherigen Integrationserfolge der sozial benachteiligten Gruppen. Die zeitweise Schließung von Schulen und Kitas, die Reduzierung sozialer Kontakte und der Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung haben Kinder und Jugendliche in ihren Entwicklungsmöglichkeiten besonders eingeschränkt.

Dasselbe gilt für die berufliche Integration: Stark eingeschränkter Zugang zu Arbeit, der Verlust des Arbeitsplatzes, zunehmende Erwerbslosigkeit und teilweise damit einhergehend aufenthaltsrechtliche Unsicherheit sind die Folge. Nicht zuletzt sind Eingewanderte und ihre Nachkommen verstärkt von Rassismus und Diskriminierung betroffen, wenn sie als „Sündenböcke“ für die verschlechterte gesundheitliche und wirtschaftliche Lage und als Impfverweigerer dargestellt werden.

Der Arbeitskreis Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik verweist hierzu exemplarisch auf die Publikation „Auswirkungen und Szenarien für Migration und Integration während und nach der COVID-19 Pandemie“ der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Die Autorinnen Prof. Dr. Petra Bendel, Yasemin Bekyol und Marlene Leisenheimer beschreiben die Auswirkungen und Szenarien für Migration und Integration während und nach der COVID-19 Pandemie.

Die dort skizzierten negativen Auswirkungen der Pandemie auf Bevölkerungsgruppen mit Migrations- und Fluchterfahrung decken sich mit unseren Erfahrungen in den Städten, Gemeinden und Landkreisen.

Es gibt viele kurzfristige Maßnahmen, wie die Bereitstellung von Bundesmitteln für Digitalisierung an Schulen und vielfältige Projekte vor Ort. Gleichzeitig fehlt es auch nach 1 ½ Jahren seit dem ersten Lockdown immer noch an notwendiger Grundausstattung, wie WLAN in vielen Unterkünften für Geflüchtete.

Die Auswirkungen und Folgen der Covid-19 Pandemie erfordern die Intensivierung und den Ausbau der Integrationsarbeit als Teil einer Post-Corona-Strategie, um die gewachsenen Ungleichheiten im Bildungsbereich, auf dem Arbeitsmarkt, im Gesundheitsbereich und bei der gesellschaftlichen Teilhabe zu kompensieren.

Die Integrationserfolge der letzten Jahre und der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stehen auf dem Spiel, wenn wir nicht gezielt gegensteuern.

Ein differenziertes und bedarfsgerechtes Angebot für Eingewanderte und ihre Nachkommen sowie generell für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen setzt auch eine angemessene Finanzierungsgrundlage für die verschiedenen Anbieter voraus. Das sind bspw. die Träger der Deutsch- und Integrationskurse, die Kommunalen Integrationszentren, die Träger der freien Wohlfahrtspflege und die zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und gegen Diskriminierung engagieren.

Die Investitionen von Bund, Ländern, Städten, Gemeinden und Landkreisen in die Integrationsarbeit müssen erhöht und die Expertise aus der Integrationsarbeit muss stärker berücksichtigt werden, wenn wir eine sozial inklusive, teilhabeorientierte und solidarische Gesellschaft gestalten wollen.

Der Arbeitskreis Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik kann bei Bedarf Handlungsempfehlungen zu den jeweiligen integrationspolitischen Vorhaben erarbeiten.

Der Arbeitskreis Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik ist ein bundesweiter Zusammenschluss aus 35 Kommunen, überregionalen Gremien und Vertreter*innen aus Bundesbehörden, Stiftungen und Forschung. Koordiniert wird der Qualitätszirkel seit 2009 von der Landeshauptstadt Stuttgart.

Das Positionspapier basiert auf dem Erfahrungsaustausch und der Expertise des Arbeitskreises Kommunaler Qualitätszirkel als Expertengremium zur Integrationspolitik. Es spiegelt ausdrücklich nicht die offizielle Haltung aller einzelnen Mitglieder des Arbeitskreises wider. Für den Text ist die Geschäftsstelle des Arbeitskreises verantwortlich.

Für den Arbeitskreis:

Gari Pavković
Geschäftsstelle des Arbeitskreises Kommunaler Qualitätszirkels zur Integrationspolitik
Abteilung Integrationspolitik der Landeshauptstadt Stuttgart
Tel 0711-21680393
Email: gari.pavkovic@stuttgart.de